

Neue Kriege, Gewaltökonomien und Geographien der Gewalt

Das Ende der bipolaren Weltordnung markiert nicht den Beginn eines friedlichen Zeitalters oder gar den Anbruch jenes „ewigen Friedens“, den sich schon *Immanuel Kant* vom Ende der Staatenkriege erhofft hatte. Zwar bilanziert der erste *Human Security Report* seit dem Ende des Kalten Krieges eine abnehmende Zahl kriegerischer Konflikte, in noch höherem Maße wird sogar eine rückläufige Zahl von Gewaltopfern registriert (vgl. *Human Security Center* 2005, 9). Weltweit werden aber immer noch über 60 gewaltsam ausgetragene Konflikte gezählt und die Gefahr, dass neue Konflikte ausbrechen oder alte wieder aufflammen, ist keineswegs gebannt. Dazu zählen die weiterbestehenden Gefahren zwischenstaatlicher Kriege wie etwa im Nahen und Mittleren Osten, mehr noch aber „neue“ inner- und transstaatliche Gewaltkonflikte¹, die oft mit großer Grausamkeit, schweren Menschenrechtsverletzungen, terroristischen Methoden, ohne absehbares Ende und unter Beteiligung substaatlicher Akteure ausgetragen werden.

Diese Entwicklungen hatten zur Folge, dass nicht das erwartete oder erhoffte Ende des Krieges, sondern vielmehr die andauernden Gewaltkonflikte mit ihren als neu und besorgniserregend empfundenen Merkmalen zum Thema in wissenschaftlichen Debatten, aber auch in der medialen Öffentlichkeit geworden sind. Im deutschen Sprachraum hat insbesondere der Politikwissenschaftler Herfried MÜNKLER (2002) die These popularisiert, dass die sogenannten „neuen Kriege“ kaum mehr dem (normativen) Modell des klassischen (europäischen) Staatenkrieges mit seiner binären Codierung von Krieg und Frieden oder Kombattanten und Zivilisten entsprechen. Dabei wird allerdings leicht übersehen, dass dieses Modell immer nur für eine begrenzte Periode und nie in allen Weltregionen oder in allen Phasen kriegerischer Auseinandersetzungen Gültigkeit hatte: So spielte zum Beispiel die Unterscheidung von Kombattanten und Zivilisten oder der Verzicht auf Terrorakte (sowie weitergehend die rechtliche „Einhegung“ des Krieges überhaupt) in den Kolonialkriegen der europäischen Staaten in Afrika oder Asien, aber auch im Zweiten Weltkrieg, etwa im Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht im Osten oder bei der Bombardierung

von Ballungszentren, nur eine eingeschränkte oder überhaupt keine Rolle. Aber auch wenn nicht alles an dem Phänomen der „neuen Kriege“ so neu ist wie manchmal der Eindruck erweckt wird, haben doch Studien wie die von KALDOR (2000), MÜNKLER (2002) und EPPLER (2002) erstmals systematisch eine Reihe grundlegender Thesen und Erkenntnisse zu Ursachen und Merkmalen einer Form gewaltsamer Konflikte benannt, die nach dem Ende des Kalten Krieges verstärkt ins Bewusstsein der Weltöffentlichkeit getreten ist. Hintergrund dafür waren unter anderem die schockierenden Gewaltereignisse beim Zerfall des jugoslawischen Staates oder in den Bürgerkriegen im westafrikanischen Krisenraum von Liberia über Sierra Leone bis nach Guinea (Conakry).

Den unterschiedlichen Diskussionsbeiträgen zum Thema der „neuen Kriege“ ist die These gemeinsam, dass es in *gewaltoffenen* Räumen, in denen das staatliche Gewaltmonopol nicht (mehr) oder nur teilweise durchgesetzt werden kann oder staatliche Strukturen überhaupt aufgehört haben zu existieren, zur Privatisierung und Kommerzialisierung von Gewalt kommt. Mit der Kategorie einer „ausgegrenzten Restwelt“ verweist SCHOLZ (2002) in seiner dem Kontext der geographischen Entwicklungsforschung entstammenden „Theorie der fragmentierenden Entwicklung“ auf eine wachsende Zahl von nur mehr nominalen Nationalstaaten, in denen sich Territorien der Milizenherrschaft und Schauplätze „neuer Kriege“ ohne klare Fronten ausbreiten. Dies deckt sich mit den schon länger von MENZEL (1998) vorgebrachten Befunden zum widersprüchlichen Charakter der ökonomischen Globalisierung, die einerseits zu vermehrtem Handelsaustausch, Wissenstransfer und weltweit zu höherem Wohlstand führe, andererseits jedoch fragmentierende Prozesse wie das Entstehen von Kriegen und Ethnonationalismen sowie die Privatisierung von Gewalt begünstige.

Das Phänomen der Gewaltprivatisierung ist dabei keineswegs auf Krisenregionen in Entwicklungsländern oder auf substaatliche Akteure wie Warlords, Privatarmeen, Söldner, Rebellen oder kriminelle Banden beschränkt, privatisierte Gewalt wird auch von staatlichen Akteuren

pragmatisch eingesetzt. In Kolumbien bekämpfen paramilitärische Milizen mit stillschweigender oder auch offener Unterstützung durch Politik, Armee und Wirtschaft die (nominell) linke Guerilla (vgl. den Beitrag von *Günter Mertins* in diesem Heft). Traditionell spielt privatisierte Gewalt seit dem 19. Jahrhundert in der französischen Außenpolitik in Gestalt der Fremdenlegion (*legion étrangère*) und aktuell für die USA durch private Sicherheitsdienste (z. B. *Blackwater*, *ArmorGroup*, *DynCorp*) eine wichtige Rolle. In größerem Umfang werden dabei staatliche Sicherheits- und Militäraufgaben an großbetrieblich organisierte private Unternehmen übertragen, was nichts anderes als die Auslagerung hoheitlicher Aufgaben bedeutet, die früher üblicherweise im Rahmen des staatlichen Gewaltmonopols wahrgenommen wurden. Anders als Diplomaten und Militärangehörige, die sich für ihr Handeln (zumindest im Prinzip) vor Parlamenten und Gerichten verantworten müssen, sind die *contractors*, von denen viele als Söldner in blutigen Konflikten kämpfen und auch Zivilisten töten, allein ihren Firmenchefs Rechenschaft schuldig.

Die Privatisierung der Gewalt in den „neuen Kriegen“ wird durch dem Umstand begünstigt, dass es sich meist um *billige* Kriege handelt: Kampfhandlungen werden mit leichten Handfeuerwaffen, Macheten und ähnlichem von schlecht oder gar nicht ausgebildeten Kombattanten, in vielen Fällen zwangsrekrutierte Kindersoldaten, durchgeführt. Geländewagen (Pick-ups), besonders wirksam mit aufmontierten Maschinengewehren, bilden das mobil-operative Rückgrat kriegführender Verbände. Anders als im klassischen Staatenkrieg ist für die Akteure der „neuen Kriege“ der Umstand irrelevant, dass der Krieg mehr kostet als er einbringt: Verminte Felder, zerstörte Infrastruktur, getötete, verstümmelte und traumatisierte Menschen stehen nicht auf ihrer Rechnung. Tatsächlich lohnt sich der Krieg für viele von ihnen, weil sie die Gewinne privatisieren und die Verluste sozialisieren können. Krieg und – sozusagen als Gegenstück – die Verwandlung von Sicherheit in eine Ware werden durch die Privatisierung von Gewalt im 21. Jahrhundert zu bedeutenden Geschäftsfeldern. Das Auftreten von Warlords, Söldnerfirmen und Sicherheitsdienstleistern kann als Indikator dafür gewertet werden, dass sich Kriege auch ökonomisch (wieder) „rechnen“. Damit wächst die Zahl derer, die nicht an der Beendigung, sondern am Fortdauern eines Gewaltkonflikts interessiert

sind, von dem sie profitieren. Solche Konflikte tendieren dazu, sich zu lang andauernden, nur schwer zu erstickenden „Schwelbränden“ zu entwickeln, in denen Zeiträume scheinbaren Friedens durch Phasen eruptiver Gewaltexzesse, vor allem gegen Zivilisten, abgelöst werden. Zu den abstoßenden Formen von Gewalt gehören in diesem Zusammenhang massenhafte Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, an denen oft irreguläre und staatliche Gewaltakteure gleichermaßen beteiligt sind und die entweder als bewusste Strategie zur Vertreibung ganzer Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden oder als „Siegessäule“ für die Kombattanten gelten.

In der Debatte um die „neuen Kriege“ spielen ökonomische Faktoren eine herausragende Rolle. Akteure in Gewaltkonflikten müssen sich – unabhängig von ihren sonstigen Motiven – eine eigene ökonomische Basis verschaffen, wenn sie sich in lang andauernden Auseinandersetzungen behaupten wollen (vgl. dazu RUFIN 1999). Diesem Umstand kommt gerade nach dem Ende der Systemkonkurrenz erhebliche Bedeutung zu, da damit in vielen Fällen für Rebellbewegungen die Einstellung politischer, militärischer und finanzieller Unterstützung aus dem Ausland oder auch der Verlust ausländischer Rückzugsräume verbunden war. Für die Organisation von Kriegsökonomien spielt vor diesem Hintergrund die *Schattenglobalisierung*, die in gewaltoffenen Räumen ihren idealen Nährboden findet, eine zentrale Rolle. Es handelt sich dabei um eine ökonomische Sphäre, in der sich legale und kriminelle, formelle und informelle, lokale bzw. regionale und globale Wirtschaftskreisläufe verflechten. Hier können sich „Gewaltmärkte“ (*Elwert*) formieren, in denen Warentausch und gewaltsame Aneignungsformen wie Raub von Gütern und Menschen, Zwangs- und Sklavenarbeit sowie Schutz- und Lösegelderpressungen nebeneinander bestehen (ELWERT 1997; LOCK 2004; SCHNEIDER 2006, 18 ff.). Kriegsökonomien neigen ständig dazu, vom ökonomischen Mittel für einen (ursprünglichen) Zweck zum Selbstzweck zu werden, wie zahlreiche Beispiele belegen (z.B. die zunehmende Verwandlung der ursprünglich sozialrevolutionär motivierten kolumbianischen Guerilla in eine bewaffnete Formation der Drogenwirtschaft, vgl. dazu den Beitrag von *Günter Mertins* in diesem Heft). Damit entstehen wiederum, oft quer zu den Konfliktlinien, Konstellationen von Akteuren, die nicht an einem raschen Ende, sondern viel-

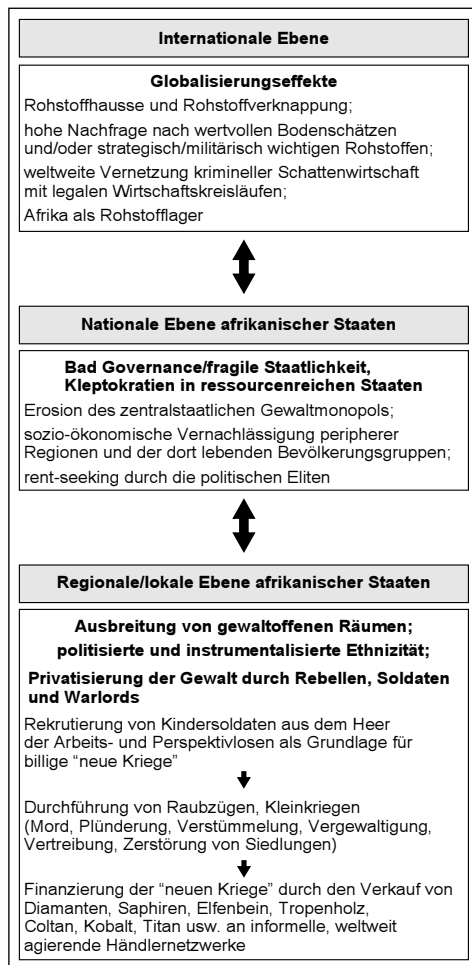
mehr als „Kriegsprofiteure“ am Fortdauern von Gewaltkonflikten interessiert sind. Dies kann auch, was oft übersehen wird, für Teile der zivilen Bevölkerung gelten, die keineswegs immer nur Opfer sind, sondern auch zu Nutznießern (und Mitakteuren) gewaltförmiger Kriegsökonomien werden können (vgl. SCHNEIDER 2006, 21; vgl. dazu auch den Beitrag von *Benedikt Korf* und *Michelle Engeler* in diesem Heft).

Die Transformation von Kriegsökonomien vom bloßen Mittel zum Selbstzweck verweist bereits darauf, dass das Handeln vieler Gewaltakteure weniger politisch, ideologisch oder kulturell, sondern mehr durch Gewinnstreben und Habgier motiviert ist. Auf diesen Umstand bezieht sich auch die etwa zeitgleich mit der Debatte um die „neuen Kriege“ vor allem von angelsächsischen Forschern aufgeworfene Frage, ob Gewaltkonflikte eher durch *greed* (Habgier und Gewinnstreben Einzelner) oder durch *grievance* (gesellschaftliche Missstände wie Armut, Ungerechtigkeit, Benachteiligung marginalisierter Bevölkerungsgruppen) ausgelöst werden (vgl. COLLIER/HOEFFLER 2001). Folgt man den Befunden der komparativ-quantitativen Untersuchungen von *Collier/Hoeffler*, so lässt sich das Entstehen von Gewaltkonflikten am ehesten durch den Faktor *greed* erklären. Eine auf diesen Aspekt reduzierte Argumentation läuft nach Meinung von Kritikern allerdings Gefahr, nur noch ökonomische, letztlich auf Habgier und Bereicherungsstreben rückführbare Konfliktgründe anzunehmen und andere, beispielsweise politische und/oder kulturelle Handlungsmotive in Gewaltkonflikten ganz auszublenden.

In der Diskussion um konfliktauslösende ökonomische Gründe spielen Vorkommen und Nutzung wertvoller Ressourcen, teilweise mit strategischer Bedeutung für die entwickelten Industriestaaten, eine besondere Rolle. Gewalttätige Konflikte um solche Ressourcen sind nur im Zusammenhang mit ihren grenzüberschreitenden Produktions- und Wertschöpfungsketten und damit nur im Kontext aktueller Globalisierungsprozesse sinnvoll zu untersuchen (vgl. z.B. KLARE 2001). Daraus hat sich mit regionalem Bezug auf Afrika eine Forschungsrichtung entwickelt, die sich im Kern an der bis heute wirkmächtigen Hypothese des sogenannten Ressourcenfluchs (*resource curse*) orientiert: Danach ist nicht Ressourcenknappheit, sondern vielmehr Reichtum an wertvollen, teil-

weise strategischen Ressourcen Auslöser für kriegerische Dauerkonflikte (LE BILLON 2001; GOODHAND 2003). Die Verursachungszusammenhänge und Folgen lassen sich am Beispiel Afrikas anhand eines Mehrebenenmodells anschaulich nachvollziehen. Steuernde Variablen sind in diesem Modell die ökonomische Globalisierung und die damit verbundene Weltmarktnachfrage nach strategischen Rohstoffen (vgl. Abb. 1). Auf diese Zusammenhänge und speziell auf die Argumente, die in der Diskussion um Ressourcenknappheit oder Ressourcenreichtum (Ressourcenfluch) als Konfliktauslöser vorgebracht werden, geht der ein-

Abb. 1: Politische Ökonomie von Gewaltkonflikten in Afrika



Quelle: eigener Entwurf

leitenden Beitrag von *Jürgen Oßenbrügge* differenziert ein. Er diskutiert die Ressourcenkonflikte in Afrika in ihrer grenzüberschreitenden Vernetzung – illustriert am Beispiel der Produktions- und Wertschöpfungskette des Minerals Coltan aus dem Ostkongo – vor dem Hintergrund neoliberaler Globalisierung. Aus der Perspektive einer Politischen Ökonomie von Gewaltkonflikten lassen sich lokale Kriegsökonomien dann als „violent nodes in global networks“ thematisieren.

In der Debatte um die Hypothese des Ressourcenfluchs haben Diamanten als konfliktauslösende und/oder -verlängernde Ressource („Blutdiamanten“) eine große Rolle gespielt. Darauf gehen *Roy Maconachie* und *Tony Binns* in ihrem Beitrag am Beispiel des westafrikanischen Staates Sierra Leone ein, ein Land, das sich – nach Beendigung des Bürgerkrieges – derzeit in einem bemerkenswerten Wiederaufbauprozess befindet. Basierend auf eigenen empirischen Studien diskutieren sie Möglichkeiten, wie der Diamantenreichtum des Landes für diesen Wiederaufbau genutzt werden könnte. Ihr Fazit: Normsetzende und entwicklungsorientierte Initiativen wie das *Kimberley Process Certification Scheme* oder der *Diamond Area Community Development Fund* können nur dann Erfolg haben, wenn sie sorgfältig in umfassendere Entwicklungsanstrengungen eingepasst werden.

In den Beiträgen von *Günter Mertins* und *Stefan Lanz* stehen Beispiele aus Kolumbien und Brasilien im Mittelpunkt. Beide zeigen auf unterschiedliche Weise, wie sich nicht nur in schwer zugänglichen peripheren Gebieten, sondern gerade auch im (groß)städtischen Kontext gewalttote Räume und gewaltökonomische Strukturen herausbilden können. Ihre Befunde korrespondieren mit einer in der politischen Öffentlichkeit wachsenden Besorgnis gegenüber nicht mehr kontrollierbaren Zonen in den Megacities der weniger entwickelten Welt.² Am Beispiel der kolumbianischen Gewaltökonomien zeigt *Günter Mertins*, in welchem Maße die Unterscheidung von Kombattanten und Zivilisten, aber auch von Tätern und Opfern fragwürdig geworden ist. Die angesichts sozialer Ungerechtigkeit und struktureller Gewalt in der kolumbianischen Gesellschaft einst ideologisch (marxistisch, castristisch, maoistisch) begründete Gegengewalt der Guerilla weicht zunehmend opportunistischen, vor allem drogenökonomisch motivierten Handlungsrationalfitäten.

Die Guerilla wird so immer mehr Teil eines Geflechts von Akteuren, zu dem neben Drogenkartellen und paramilitärischen Milizen auch Teile der staatlichen Gewaltapparate, aber auch Zivilisten aus Wirtschaft und Politik gehören: Akteure, die das Interesse verbindet, an den enormen Profiten aus den Gewaltökonomien, vor allem aus der Drogenwirtschaft, partizipieren zu können. *Stefan Lanz* untersucht am Beispiel von Rio de Janeiro das Verhältnis zwischen Lokalstaat, Drogenkomplex und Favela. Im Anschluss an *Foucaults* Begriff der Gouvernementalität, der Regierungs- und Denkweisen verbindet, wird das Gewaltregime der Favela auf Herrschaftstechniken des Kolonialismus, der Sklaverei, der Militärdiktatur und der bürgerlichen Gesellschaft zurückgeführt, die sich jeweils mit Formen der „Selbstführung“ lokaler Gemeinschaften verschränken. Dies macht Formen konsensualen, aber keineswegs gewaltfreien Regierens möglich. Widersprüche ergeben sich immer dann, wenn die durch staatliche und/oder kriminelle Akteure ausgeübte Gewalt als illegitim empfunden wird. Als aktuelle Beispiele für kulturelle Formen des Widerstands gegen die Gewaltregime in der Favela können soziale Netzwerke wie die *Grupo Cultural AfroReggae* gelten, die sich in der Popkultur, speziell in der Hip-Hop-Bewegung, entwickelt haben.

Am Beispiel des pazifischen Inselstaates Fidschi zeigt *Eberhard Weber*, wie sich aus vorkolonialen und kolonialen Gewaltregimen ein nur unvollständiger und nicht abgeschlossener Prozess des *nation building* entwickelt hat, in dem politisch mobilisierte Ethnizität zunehmend, forciert durch ausländische Kapitalinteressen, von sozioökonomischen Gegensätzen (Kontrolle von Land zur Erzielung von Renteneinkommen) überlagert wird. Staatliche Institutionen werden dabei von einzelnen Interessengruppen instrumentalisiert – mit der Folge wachsender politischer Instabilität und einem drohenden Staatszerfall, Prozesse, die der Formierung gewaltökonomischer Strukturen den Boden bereiten.

In ihrem abschließenden Beitrag zum Themenschwerpunkt des Heftes greifen *Benedikt Korf* und *Michelle Engeler* die unterschiedlichen Diskussionsstränge und Denkansätze zur Problematik einer „Ökonomie der Gewalt“ noch einmal unter erweitertem theoretischen Blickwinkel und illustriert mit Fallbeispielen aus den Gewaltkonflikten in Sri Lanka und Sierra Leo-

ne auf. Anknüpfend an *Michael Watts* These, dass Gewaltkonflikte immer auch als „struggles over geography“ zu lesen sind (vgl. WATTS 2000, vgl. auch BOHLE, 2004, 2007), plädieren sie für eine verstärkte Berücksichtigung von „Geographien der Gewalt“. Gemeint sind damit raumzeitliche Verflechtungsmuster, in denen Herrschafts-, Handlungs- und Wahrnehmungsräume auf dynamische Weise und auf unterschiedlichen Maßstabsebenen miteinander verbunden sind. Dieses komplexe raumzeitliche Verflechtungsmuster bestimmt in Gewaltkonflikten die Verwundbarkeit, aber auch die Handlungsmöglichkeiten unterschiedlicher Akteure und wird, etwa durch die Konstruktion kultureller Differenz, durch die Instrumentalisierung von Ethnizität oder die Schaffung von Raumimages, ständig neu produziert und reproduziert.

Mit dem vorliegenden Themenheft hoffen wir, etwas von dem Potenzial der Geographie deutlich zu machen, sowohl theoretisch orientierte als auch empirisch fundierte Beiträge zur Analyse gerade auch der ökonomischen Dimension aktueller Gewaltkonflikte zu leisten. Eine zentrale Herausforderung wird dabei auch künftig sein, lokal, kulturell und historisch situierte Gewaltkonflikte und Gewaltökonomien in ihrer Verbindung mit den ablaufenden Globalisierungsprozessen zu untersuchen und zu verstehen (vgl. auch Abb. 1).

*Thomas Krings, Freiburg i. Br.
Helmut Schneider, Duisburg-Essen*

Anmerkungen

- 1 Mit dem Begriff „transstaatlicher Gewaltkonflikte“ wird darauf verwiesen, dass an vielen innerstaatlichen Konflikten nicht nur substaatliche Akteure wie z.B. Rebellen, paramilitärische Gruppen, Warlords und kriminelle Banden, sondern auch (oft benachbarte) Staaten beteiligt sind.
- 2 Warnungen vor substaatlichen Akteuren, die den Zerfall des staatlichen Gewaltmonopols in großstädtischen Agglomerationen, vor allem den Megacities der Entwicklungsländer, für kriminelle, auch terroristische Aktivitäten nutzen können, wurden kürzlich auf dem jährlichen Symposium des *Bundesnachrichtendienstes* (BND) in Berlin geäußert, ähnlich auch auf der von der *Alfred-Herrhausen-Gesellschaft* und der *London School of Economics* in Bombay ausgerichteten Konferenz „Urban Age“ (vgl. FAZ vom 1.11. 2007 und FAZ vom 5.11. 2007: „Die neue Unwirtlichkeit der Städte“).

Literatur

- BOHLE, H.-G. (2004): Geographien von Gewalt. Kultur-geographische Interpretationen des Bürgerkrieges auf Sri Lanka. In: Petermanns Geographische Mitteilungen, (148)2, 22-29.
- BOHLE, H.-G. (2007): Geographies of violence and vulnerability. An actor-oriented analysis of the civil war in Sri Lanka. In: *Erkundung*, (61)2, 129-146.
- COLLIER, P./HOEFFLER, A. (2001): Greed and grievance in civil war. Washington D. C.
- ELWERT, G. (1997): Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität von Gewalt. In: Von Trotha, T. (Hrsg.): *Soziologie der Gewalt*. Wiesbaden, 86-101. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie - Sonderheft 37).
- EPPLER, E. (2002): Von Gewaltmonopol zur Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt. Frankfurt am Main.
- GOODHAND, J. (2003): Enduring disorder and persistent poverty: A review of the linkages between war and chronic poverty. In: *World Development*, (31)3, 629-646.
- Human Security Center* (2005): Human security report. Vancouver.
- KALDOR, M. (2000): Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Frankfurt am Main.
- KLARE, M. (20019). Resource wars. The new landscape of global conflict. New York.
- LE BILLON, Ph. (2001): The political ecology of war. Natural resources and armed conflicts. In: *Political Geography*. 20, 561-584.
- LOCK, P. (2004): Gewalt als Regulation. Zur Logik der Schattenglobalisierung. In: Kurtenbach, S./Lock, P. (Hrsg.): *Kriege als (Über)Lebenswelten*. Bonn, 40-61.
- MENZEL, U. (1999): Globalisierung versus Fragmentierung. Frankfurt am Main.
- MÜNKLER, H. (2003): Die neuen Kriege. Bonn.
- RUFIN, J.Ch. (1999): Kriegswirtschaft in internen Konflikten. In: Jean, F./Rufin, J.Ch. (Hrsg.): *Ökonomie der Bürgerkriege*. Hamburg, 15-46.
- SCHNEIDER, H. (2006): Deutungsmuster innerstaatlicher Gewaltkonflikte in Südostasien. In: Waibel, M./Jordan, R./Schneider, H. (Hrsg.): *Krisenregion Südostasien*. Alte Konflikte und neue Kriege. Bad Honnef, 15-26.
- SCHOLZ, F. (2002): Die Theorie der fragmentierenden Entwicklung. In: *Geographische Rundschau*, (54)10, 6-11.
- WATTS, M. (2000): Geographies of violence and the narcissism of minor difference. In: Watts, M.: *Struggles over geography: Violence, freedom and development at the millennium*. Heidelberg, 7-34. (Hettner-Lecture 3, 1999).